

Kleine Anfrage 841

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Notauslassbecken Bernau bei Berlin Ortsteil Waldfrieden

Im Ortsteil Waldfrieden der Stadt Bernau bei Berlin betreibt der Wasser- und Abwasserverband (WAV) „Panke/Finow“ ein Notauslassbecken für die zentrale Abwasserentsorgung des gesamten Verbandsbereiches (ca. 47.000 Einwohner / Anschlussgrad Abwasser 95 Prozent). Das ca. 13.000m³ große Notauslassbecken wird genutzt, um unbehandelte Abwässer bei Störfällen, Starkregenereignissen, Drucküberlastungen und Umbauarbeiten an der Druckrohrleitung zum Klärwerk Schönerlinde in das Grundwasser versickern zu lassen.

In seiner letzten wasserrechtlichen Erlaubnis AB-S IV-Ba4/15 zum Betrieb des Beckens stellte das Bodenschutzamt Barnim 2015 fest:

„Eine Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser darf nur erteilt werden, wenn Menge und Schädlichkeit des Abwassers so geringgehalten werden, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist (§ 57 WHG). Dieses Gebot wird hier nicht eingehalten. Das Abwasser wird dem Erdbecken unbehandelt zugeführt, dabei setzen sich Grobstoffe vor der Versickerung mechanisch auf der Beckensohle ab. Weitere Abbauprozesse sind lediglich durch das Selbstreinigungsvermögen des Bodens zu erwarten, quantitativ aber nicht zu definieren. Dieses Verfahren ist grundsätzlich nicht rechtskonform,...“.

Ungeachtet dessen erteilte das Bodenschutzamt Barnim 2015 die Betriebserlaubnis für das Becken, weil es trotz fehlender Rechtskonformität zum Ergebnis kam, dass der Betrieb des Notauslassbeckens alternativlos, durchaus akzeptabel und tolerierbar sei.

Außerdem stimmte das Bodenschutzamt Barnim im Jahre 2019 einer Baumaßnahme zur Volumenvergrößerung des Beckens von ca. 5.500m³ auf ca. 13.000m³ zu, jedoch ohne dass dabei die Herstellung der Rechtskonformität eingefordert oder durchgeführt wurde.

Das Landesamt für Umwelt stellte 2020 fest, dass der Bestand und Betrieb der Abwasseranlage „Notauslassbecken“ sowie die damit verbundene Gewässerbenutzung (Versickerung unbehandelter Abwässer in das Grundwasser) offenkundig den Regeln der Technik und damit den abwasserrechtlichen Anforderungen widerspricht und sich aus wasserwirtschaftlicher Sicht dringender Handlungsbedarf abzeichnet.

Weiterhin ergab eine 2020 durchgeführte Akteneinsicht, dass die in den Jahren 2017, 2018 und 2019 gemessenen Nitratkonzentrationen am Grundwassermesspegel des Notauslassbeckens die Grenzwerte der EU-Grundwasserrichtlinie und der deutschen Grundwasserverordnung (50mg/l) um ein Vielfaches überschritten (2017-360 mg/l; 2018-390 mg/l; 2019-260 mg/l). Weiterhin ergab die Akteneinsicht, dass die in das Becken eingeleiteten unbehandelten Abwässer Schadstoffe enthalten, welche das Grundwasser nachhaltig beeinflussen und beeinträchtigen (z.B. Ammonium-100 mg/l, Quecksilber-0,8 µg/l).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wird das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) als oberste Landesbehörde mit der Fach- und Rechtsaufsicht über die unteren Umweltbehörden der Landkreise ergreifen, um den offensichtlich rechtswidrigen Betrieb des Notauslassbeckens Waldfrieden zu beenden oder zu korrigieren?
2. Das Landesamt für Umwelt (LfU) ist als obere Umwelt- und Wasserbehörde sowie wissenschaftlich-technische Fachbehörde für den landesweiten Vollzug vieler Umweltvorschriften zuständig ist. Welche Rolle kann das LfU bei der Beseitigung des dargestellten Missstandes einnehmen?
3. Die Faktenlage der Messwerte lässt eine dauerhafte und nachhaltige Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in Bezug auf die Grundwassernutzung befürchten. Ist es eine Rechtsverletzung, wenn der Wasser- und Abwasserverband (WAV) „Panke/Finow“ trotzdem keine selbständige Schadensverhütung vornimmt und selbstständig die notwendigen Maßnahmen trifft, um dieser Beeinträchtigung zu begegnen? (siehe Technische Regeln zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (TRSüw))
4. In seiner aktuellen Kartierung von 2017 weist das Landesamt für Umwelt (LfU) unterirdische Einzugsgebiete für Grundwasser aus. (https://maps.brandenburg.de/WebOffice/?project=GWM_www_CORE). Dabei liegen das Notauslassbecken Waldfrieden und das Wasserwerk Schönau innerhalb eines Einzugsgebietes. Wie beeinflusst dieser Fakt die Dringlichkeit des vom LfU bereits festgestellten Handlungsbedarfes, um das Notauslassbecken so herzustellen, dass es nach den aktuellen Regeln der Technik betrieben wird?